bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 04 | 17. Februar 2006

Rechte Szene 2

Brauner Spuk
Tausende Neonazis versammeln sich zum „Trauermarsch“ in Dresden.

Juristische Störmanöver
In Mannheim hat der zweite Prozess gegen den Holocaust-Leugner Zündel begonnen – die Verteidigung spielt auf Zeit.

„Historische Wahrheit“
Rechtsanwalt Ludwig Bock ist selbst wegen Volksverhetzung vorbestraft.

Schwunghafter Handel
Beim Internet-Auktionshaus eBay werden gigantische Mengen an NS-Devotionalien angeboten und ersteigert.

Seitenblick 5

Zivilcourage Mangelware
In Sachsen-Anhalt schaut man bei rechtsextremen Gewalttaten eher zu oder weg anstatt einzuschreiten.

Ausland 7

Ideologieschmiede
Die vornehme „Spielart“ des Rassismus.

Blick in die Zeitgeschichte 8

Gemeinsames Erinnern
Der Holocaust-Gedenktag wurde in diesem Jahr erstmals weltweit begangen – von der UNO, in zahlreichen Ländern Europas sowie Israel.

Demokratische Initiativen 8

Eine Stadt zeigt Flagge
In Wunsiedel finden zahlreiche Aktionen gegen Rechtsextremismus statt. Höhepunkt ist der „Tag der Demokratie“ am 19. August.

Rezension 10

Satan und Wotan
Extrem rechte Inhalte in der Black Metal-Musikszene.

Meldungen 11

Rechte Szene

Brauner Spuk

Tausende Neonazis versammeln sich zum „Trauermarsch" in Dresden.

Ausgerechnet in der sächsischen Landeshauptstadt offenbart sich die Kluft innerhalb der bundesdeutschen Neonazi-Szene am deutlichsten. Hier treffen die neun verbliebenen Landtagsabgeordneten der NPD, ihr Mitarbeiterstab und die Führungsspitze um Udo Voigt auf das gemeine, radikale Fußvolk. Die NPD hat zum 61. Jahrestag der Bombardierung Dresdens zu einem „Trauermarsch“ aufgerufen. Holger Apfel schiebt sich mit Schlips und Kragen und Bodyguard im Schlepptau durch die Massen der angereisten 5000 Rechtsextremisten.

Kein führender Kameradschaftsaktivist erhält Rederecht, auch Listenkandidaten aus Mecklenburg-Vorpommern nicht. Dabei sind Kameradschaften aus Rostock und Ueckermünde sowie das „Soziale und nationale Bündnis Pommern“ mit 300 bis 400 Anhängern angereist. Veranstalter Alexander Kleber von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen kündigt als Redner Rechtsanwalt Ingmar Knop aus Dessau an, der bei der kommenden Landtagswahl in Sachsen-Anhalt als DVU-Kandidat auf dem ersten Platz der gemeinsamen Liste steht. Mit geballten Fäusten lobt der hagere Mann im dunkelblauen Mantel den „Deutschland-Pakt von NPD und DVU“, der an „Schlagkraft gewonnen“ habe. Knop beschwört eine Szenerie, die das „etablierte Lager erzittern“ lassen und das deutsche Volk in eine „lichtvolle Zukunft“ führen soll.

Danach verkünden eine Delegation portugiesischer Nationalisten sowie Neonazis aus der Schweiz und Österreich Grußbotschaften. Kurz darauf bringen sich die Neonazis unter Aufsicht des NPD-eigenen Ordnerdienstes von Manfred Börm in Aufmarsch-Formation. Hinter dem Transparent „Dresden – Hiroshima – Bagdad. US-Kriegsverbrecher stoppen“ stellt sich die Parteispitze auf. Weiter hinten läuft einer der szene-eigenen Kritiker, Christian Worch aus Hamburg, mit. Eine „Kameradschaft Wunsiedel“ aus Bayern folgt und die neu gegründeten „Jungen Nationalisten“ aus Thüringen und Sachsen-Anhalt schreiten hinter welchen, die sich „Junge Volksdeutsche Elsaß-Lothringen“ oder „Bündnis Rechts Schlesien“ nennen. „Mord verjährt nicht, einst kommt der Tag der Rache“ steht auf einem schwarzen Transparent. Manche der Neonazis tragen zu schwarz-weiß-roten Fahnen uniformähnliche Kleidung, andere treten fast völlig vermummt im Schwarz der „Autonomen Nationalisten“ auf. Springerstiefel und eiserne Kreuze sind an diesem Tag kein Problem für die Polizei.

Journalisten werden angegriffen, bedroht und behindert. Denn von den über 1200 angegebenen Polizisten säumen auffällig wenige den endlosen Neonazi-Zug. Das gibt Börm und seiner Truppe Gelegenheit, sich als eigene Ordnungsmacht aufzuspielen. Seine Männer seien befugt, Portraitaufnahmen eigenmächtig zu löschen, droht der vorbestrafte Neonazi anwesenden Fotografen an. Tatsächlich lassen Männer mit Ordnerbinden, wie Andreas Theissen aus Lübtheen oder Andreas Hemann aus Winsen ihre Wut immer wieder an Medienvertretern aus, junge Frauen am Rand der Strecke werden als „Schlampen“ beschimpft. Gewalt gehört zur Szene. Verhaltensmaßnahmen scheinen hierarchisch vorgegeben zu werden. So schreibt das szeneinterne „Deutsche Rechtsbüro“ der Hamburger Rechtsanwälte Gisa Pahl und Jürgen Rieger Neonazis den Kodex „zur Wahrung der Grundrechte nationaler Deutscher“ regelrecht vor. In speziellen Ratgebern wird dazu aufgefordert, „Notwehr zu leisten“, wenn rechte Demonstrationsteilnehmer „zu Unrecht fotografiert“ werden. So dürften sie Fotografen den Film wegnehmen, „auch wenn es dabei zu einer Sachbeschädigung der Kamera und der Bilder kommt“.

Auch gegen die Polizei gehen Teilnehmer des „Trauermarsches“ brutal vor. Als Hunderte von Gegendemonstranten die Marschroute der Neonazis erfolgreich blockieren, versuchen etwa 100 junge Neonazis eine dürftige Polizeisperre zu durchbrechen. Steine werden geworfen, die Beamten setzen Pfefferspray gegen die Randalierer ein. Im Verlauf der Route kommt es, nach Zeugenaussagen, wiederholt zu gewalttätigen Ausschreitungen. Als die NPD Hannover vorbeizieht, rufen Dresdner Schüler den Neonazis schockiert zu: „Sind euch fünf Millionen tote Juden noch nicht genug!“ Die Rechten antworten mit Gegröle, einer schreit: „Wir wollen 20 Millionen!“

Andrea Röpke

Juristische Störmanöver

In Mannheim hat der zweite Prozess gegen den Holocaust-Leugner Zündel begonnen – die Verteidigung spielt auf Zeit.

Schon vor dem modernen Justizgebäude demonstriert ein Rentner seine Verehrung für den Angeklagten mit einem Transparent. Da steht: „Zündel – Zündel – Zündel – Deutschland kämpft für die Wahrheit“. Und als Ernst Zündel den Gerichtssaal betritt, brandet Beifall auf. Die meist älteren Zuschauer beklatschen ihren Helden, auch wenn der kleine Mann in seiner verbeulten Jeans und dem schwarzen Sakko wie ein biederer Opa wirkt. Doch Zündel ist für die meisten im Saal 1 des Landgerichts Mannheim ein Freiheitskämpfer, der völlig zu Unrecht in Untersuchungshaft schmachtet. „Der wird behandelt wie in Guantanamo“, raunzt ein Sympathisant. Ex-NPD-Chef Günter Deckert deklamiert, „hier findet ein Schauprozess statt“. Das Urteil stehe längst fest.

Der zweite Anlauf im Prozess gegen den Holocaust-Leugner Zündel ist so bizarr wie der erste im November. Damals musste die Hauptverhandlung nach zwei Tagen abgebrochen werden, da die 6. Große Strafkammer die Pflichtverteidigerin Sylvia Stolz von ihrem Mandat entband. Die Anwältin hatte in einem Antrag auf Einstellung des Verfahrens antisemitische Hetzparolen geäußert – vermutlich eingeflüstert von Horst Mahler, der als „Assistent“ der Verteidigung auftrat. Und prompt vom Vorsitzenden Richter Ulrich Meinerzhagen in den Zuschauerraum verbannt wurde, da das Amtsgericht Berlin im April 2004 gegen Mahler ein vorläufiges Berufsverbot ausgesprochen hatte. Mahler ist auch jetzt wieder gekommen – und wird mit Applaus begrüßt.

Die Staatsanwaltschaft Mannheim wirft dem 66-jährigen Zündel vor, mit der öffentlichen Leugnung des von Nazi-Deutschland an den Juden begangenen, millionenfachen Mordes habe er Volksverhetzung und weitere Straftaten begangen. 14 Fälle sind aufgelistet, wahrscheinlich gibt es mehr. Zündel, der 1958 nach Kanada auswanderte, verbreitete im Internet über die „Zundelsite“ und in hunderten „Germania-Rundbriefen“ jahrelang antisemitische Hasspropaganda.

Einige Zitate aus dem Anklagesatz: Der Holocaust ist nach Zündels Ansicht „förmlich aus dem Nichts durch raffinierte Propaganda geschaffen worden“. In Auschwitz seien nur „etwas über 30 000 Juden“ gestorben, „hauptsächlich wegen Krankheiten und Überbevölkerung“. Dass in dem Vernichtungslager mindestens eine Million Juden vergast wurden, hält Zündel für eine Erfindung der „Holocaust-Promotion-Lobby“, die Deutschland finanziell aussauge.

Die Kanadier wurden Zündel lange nicht los. Erst im März 2005 gelang es, ihn in die Bundesrepublik abzuschieben, wo er in Untersuchungshaft kam. Seit 1996 lag ein Haftbefehl des Amtsgerichts Mannheim vor. Die örtliche Staatsanwaltschaft ermittelt mit besonderer Hartnäckigkeit gegen antisemitische Propagandisten. Den langen Atem werden Ankläger und Richter auch im Prozess brauchen. Erst nach mehrstündigen Störversuchen mehrerer Verteidiger Zündels gelingt es Staatsanwalt Andreas Grossmann, die Anklage zu verlesen.

Zündel hat bis dahin nur persönliche Daten vorgetragen. Erstmal streiten seine Anwälte mit Befangenheitsanträgen. Drei Pflicht- und drei Wahlverteidiger sind in diesem Prozess tätig, darunter einschlägig bekannte. Sylvia Stolz ist jetzt Wahlverteidigerin, außerdem treten der rechtsextreme Szene-Anwalt Jürgen Rieger und Ludwig Bock auf. Mit Blick auf die mögliche Dauer des Zündel- Verfahrens meint er in einer Pause, der Majdanek-Prozess habe von 1975 bis 1981 gedauert.

Frank Jansen

„Historische Wahrheit“

Rechtsanwalt Ludwig Bock ist selbst wegen Volksverhetzung vorbestraft.

Der einschlägig bekannte Mannheimer Rechtsanwalt Ludwig Bock (Jahrgang 1942) steht wieder im Rampenlicht. Er ist einer der Wahlverteidiger des in Mannheim angeklagten Holocaust-Leugners Ernst Zündel. In den letzten Jahren war der selbst wegen Volksverhetzung vorbestrafte Bock szenewirksam nicht mehr in Erscheinung getreten

Seinen politischen Werdegang startete Bock 1967 beim Nationaldemokratischen Hochschulbund. 1972 war er Bundestagskandidat der NPD. Danach konzentrierte Bock seine Tätigkeiten auf das Nationaleuropäische Jugendwerk, eine extrem rechte Schulungsstätte, die er über Jahre hinweg leitete. Zeitweilig amtierte Bock als Vorsitzender des Schiedsgerichts der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik.

Bock machte sich in der Szene einen Namen als Verteidiger von Rechtsextremisten. Er stand auch der Neonazi-Band „Tonstörung", den Holocaust-Leugnern Ernst Tag und Frederik Toben sowie mehrfach dem Ex-NPD-Bundesvorsitzenden Günter Deckert juristisch zur Seite.

Bundesweit bekannt wurde Bock 1977 im Düsseldorfer Majdanek-Prozess als Beistand der ehemaligen KZ-Aufseherin Hildegard Lächert, genannt „die blutige Brygida". Lächert war des 1196-fachen Mordes angeklagt. Am 154. Verhandlungstag hatte Bock beantragt, die Zeugin Henryka Ostrowska im Gerichtssaal festnehmen zu lassen – wegen Beihilfe zum Mord. Die ehemalige KZ-Gefangene hatte ausgesagt, sie sei in Majdanek gezwungen worden, Behälter mit Zyklon B in die Gaskammern zu bringen.

Am 6. April 2000 bestätigte der Bundesgerichtshof in Karlsruhe (Az.: 1StR 502/99) ein Urteil des Landgerichts Mannheim vom März 1999, das Bock für eine Äußerung als Verteidiger in einem Strafprozess zu 9000 Mark Geldstrafe wegen Verharmlosung des Holocausts verurteilt hatte. Bei der Verteidigung Günter Deckerts hatte Bock im April 1997 einen Hilfsbeweisantrag vor Gericht vorgelegt. Darin benannte er führende Repräsentanten des deutschen Staates „zum Beweis der Tatsache", „dass es primär massive politische Interessen" seien, „welche dem Durchbruch der historischen Wahrheit im Zusammenhang mit dem Holocaust entgegenstehen". Bock meinte „vor allem diejenigen unserer eigenen (deutschen) politischen Klasse, welche ihre einzigartige politische Unfähigkeit seit fast 50 Jahren mit der 'Einzigartigkeit der deutschen Schuld' legitimiert und nicht in der Lage ist zuzugeben, dass sie sich an der Nase herumführen und für dumm verkaufen lässt."

Anton Maegerle

Schwunghafter Handel

Beim Internet-Auktionshaus eBay werden gigantische Mengen an NS-Devotionalien angeboten und ersteigert.

eBay, das weltweit größte Internet-Auktionshaus. hat einen Ruf. Ein Ruf, zu dem NS- und Neonazi-Devotionalien nicht passen. Damit will eBay Deutschland nichts zu tun haben. Deshalb hat man sich schon vor Jahren Grundsätze verordnet. Darin heißt es: „Es ist verboten, bei eBay Artikel anzubieten, die den Nationalsozialismus oder extremistisches und/oder verfassungsfeindliches Gedankengut verherrlichen oder verharmlosen." Als Beispiele für unzulässige Artikel werden unter anderem genannt: „Artikel mit einem Abbild Adolf Hitlers und anderer NS-Größen", „philatelistische Artikel, wie zum Beispiel Postkarten, auf denen in erster Linie verfassungsfeindliche Symbole, Propaganda, oder die oben genannten Personen abgebildet sind", „Bücher und andere Druckerzeugnisse mit rassendiskriminierendem und -entwürdigendem Inhalt oder Inhalten über NS-Ideologien, darunter auch Adolf Hitlers Buch 'Mein Kampf' in unkommentierten Ausgaben" und „wissenschaftlich unkommentierte Filme und Musik mit nationalsozialistischen Bezügen, wie zum Beispiel Originale der Wochenschauen, Riefenstahls 'Triumph des Willens'".

Laut einem Bericht des ARD-Politmagazins „Report Mainz" vom 6. Februar wurden allerdings im Januar zahlreiche Artikel der rechtsextremen Szene bei eBay versteigert, die diesen Grundsätzen widersprechen. Darunter befanden sich auch von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indizierte Artikel wie das Buch „Der totale Widerstand" von Major Hans von Dach. In dieser in Neonazi-Kreisen kursierenden „Kleinkriegsanleitung für jedermann" (Untertitel) werden detaillierte Tipps zum Ausschalten von Wachtposten, zur Herstellung von Sprengstoff und Zerstörung von Motorfahrzeugen aufgelistet.

Neonazis, die auf der Suche nach indizierten CDs sind, wurden bislang bei eBay schnell fündig. Als ein „besonders drastisches Beispiel für die menschenverachtende Ausrichtung der Skinhead-Musik" stufen Verfassungsschützer die CD „Geheime Reichssache" der Gruppe „Kommando Freisler" ein. Die Liedtexte der Gruppe, die zu

bekannten Volkslied- oder Schlagermelodien gesungen werden, sind, so die Verfassungsschützer, Ausdruck eines auf die Vernichtung der Juden zielenden Antisemitismus'.

„Tummelplatz für Rechtsextremisten“

Angeboten und ersteigert werden konnten im Januar bei eBay auch indizierte CDs wie „Komm zu uns“ („Sturm 18“), „Das Reich kommt wieder“ („Landser“), „Gaskammer“ („Weisse Jäger“), „Lieder zum Mitsingen“ („Weißer Arischer Widerstand“) und „Weiße Wut“ („Weisse Wölfe“). Gegen die Bandmitglieder von „Weisse Wölfe“ läuft wegen dieser CD ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung. Auf dem Cover der CD ist die verbotene FAP-Fahne zu sehen. Wie „Kommando Freisler“ verbreiten die „Weissen Wölfe“ übelste antisemitische Hetze. In ihrem Lied „Unsere Antwort“ wird gehetzt: „Es gibt nur 'ne Lösung für diese Figuren im Arbeitslager, da müssen sie spuren. Und haben wir die alleinige Führung, dann weinen viele doch nicht vor Rührung. Für unser Fest ist nichts zu teuer. 10 000 Juden für ein Freudenfeuer. Unsere Antwort Cyklon-B.“ Auch CDs der US-amerikanischen Teenieband „Prussian Blue“ waren zu finden. In deren Texten werden Rudolf Heß verehrt, arische Männer gepriesen und US-amerikanische Rechtsterroristen glorifiziert.

Konfrontiert mit diesem illegalen Devotionalienhandel betonte die frühere Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD) gegenüber „blick nach rechts“: „Das ist ja ein richtiger Tummelplatz für Rechtsextremisten. Dabei ist es völlig klar, dass alles strafrechtlich relevant und das Werben und das Verkaufen und das Anbieten verboten ist.“ Auf die Frage, ob nun die Staatsanwaltschaft ermitteln müsse, antwortete die SPD-Politikerin: „Dringend und schnell“. „Falls hier eine Gesetzeslücke bestehen sollte“, so Däubler-Gmelin, „müsste diese schnellstmöglich geschlossen werden.“

Tagtäglich gab es im Januar bei eBay Artikel von in- und ausländischen Anbietern, die eindeutig gegen die eBay-Grundsätze verstoßen. eBay behauptet, mit Suchprogrammen und Personal solche Artikel systematisch zu entfernen. Doch offenbar gab es bislang gewaltige Lücken, denn das Angebot war gigantisch.

In den letzten Wochen wurden bei eBay unter anderem angeboten und ersteigert: eine handsignierte Photographie von Heinrich Himmler, ein Bildporträt von Rudolf Heß, Weinflaschen mit den Konterfeis von Hitler, Himmler und Heß, LPs mit Reden von Joseph Goebbels, Hitler-Figuren, Tarnschlupfjacken der Waffen-SS, Landser-T-Shirts, DVDs von Leni Riefenstahls „Triumph des Willens“, NPD-Fahnen, -Plakate und Parteiabzeichen, die NPD-Schulhof-CD, Postkarten mit den Konterfeis von Julius Streicher und SA-Stabschef Victor Lutze, Fotos, die den Waffen-SS-General Sepp Dietrich zeigen, Mützen mit Aufschriften wie „Kategorie C“ oder „A.C.A.B.“ (Neonazi-Szene-Code: „All Cops are Bastards“), Bücher des Holocaust-Leugners David Irving, Broschüren des NPD-Gründungsmitglieds Udo Walendy, ein Buch des NSDAP-Ideologen Alfred Rosenberg, der braune Rechtsratgeber „Mäxchen Treuherz“ oder der „Taschenkalender des nationalen Widerstands“.

Scharfe Kritik an eBay wegen des Handels mit rechtsextremen Artikeln übte der Zentralrat der Juden in Deutschland. Der Zentralrat habe seit 2002 drei Mal in dieser Frage an eBay geschrieben, sagte Salomon Korn dem ARD-Polit-Magazin, „und es stellte sich jedes Mal heraus, dass eBay zwar schöne Worte findet, aber das Problem nicht in den Griff bekommt.“ Bereits 2001 wollte eBay „Nazi-Erinnerungsstücke aus dem Angebot entfernen“ lassen. Damals berichtete „Spiegel online“. Doch nichts geschah.

Wolfgang Weber, bei eBay Deutschland Verantwortlicher für die Bekämpfung illegaler Angebote, räumte gegenüber „Report Mainz“ ein, dass es Schwierigkeiten gebe, den Handel mit rechtsextremen Artikeln einzudämmen, da ein großer Teil über die ausländischen eBay-Marktplätze nach Deutschland komme. Wenige Stunden vor Ausstrahlung der „Report“-Sendung wurde dann in einer Presseinformation angekündigt, dass die Zusammenarbeit auf internationaler Ebene forciert werde, um sicherzustellen, dass gegen rechtsextreme Devotionalien auch international auf anderen eBay-Märkten konsequent vorgegangen wird.

Anton Maegerle

Seitenblick

Zivilcourage Mangelware

In Sachsen-Anhalt schaut man bei rechtsextremen Gewalttaten eher zu oder weg anstatt einzuschreiten.

Allein in den ersten elf Tagen des Jahres 2006 registrierte etwa die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt acht Gewalttaten mit neonazistischer oder rassistischer Motivation. Damit liegt Sachsen-Anhalt im Bundestrend, denn die Anzahl rechtsextremer Gewalttaten nimmt bundesweit zu. Was aber sehr bedenklich stimmt, ist die offenbar dramatisch schwindende Zivilcourage unbeteiligter Zeugen, der Mut, einzugreifen oder zumindest die Polizei zu alarmieren.

Erst Anfang Januar sorgte das Land wieder für Aufsehen, als ein 12-jähriger Afrodeutscher in Pömmelte im Landkreis Schönebeck durch fünf Rechtsextremisten im Alter zwischen 14 und 19 Jahren bestialisch gequält wurde. Schon im Linienbus hatten die Skinheads den Jungen belästigt, beleidigt und herumgeschubst. In Pömmelte stiegen sie gemeinsam mit dem Jungen aus und zerrten ihn in einen nahe gelegenen Park, wo sie ihn über längere Zeit brutalst quälten und schwer verletzten. Von den Ausfällen der fünf Glatzen in seinem Fahrzeug will der Busfahrer nichts bemerkt haben. Auch ein Mann und eine junge Frau, die ebenfalls in Pömmelte ausstiegen, wollen lieber nichts gesehen, nichts gehört haben und vor allem nichts sagen. Trotz mehrerer öffentlicher Aufrufe der Polizei haben sich diese beiden für die Ermittlungen und ein späteres Gerichtsverfahren wichtigen Zeugen bislang nicht gemeldet.

Vor der Schöffengerichtskammer des Halberstädter Amtsgerichts steht neben drei wegen gefährlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte angeklagten polizeibekannten Neonazis auch der Mangel an Zivilcourage hinter der Anklagebank. Die drei Täter im Alter zwischen 25 und 30 Jahren gehörten am Himmelfahrtstag zu einer Gruppe von Rechtsextremisten, die auf dem Bahnhofsvorplatz von Halberstadt urplötzlich einen liberianischen Asylbewerber jagten, schlugen und traten, nachdem sie zuvor in einer nahe gelegenen Gartenkneipe mit dem in anderen Prozessen bereits wegen ähnlicher Straftaten beschuldigten Sänger der Halberstädter Szene-Band „Skinheads Sachsen-Anhalt“ (SSA), Peter Karich, gezecht hatten. Der 37-jährige Liberianer hatte sich in seiner Not zunächst an den Betreiber einer Döner-Bude gewandt, der ihm aber jeglichen Schutz verweigerte. Auch ein Taxifahrer, an den sich der Schwarzafrikaner anschließend wandte, verweigerte die Aufnahme des Gejagten in sein Auto. Die Identität dieses Taxi-Fahrers konnte später nie ermittelt werden. „Man müsste solchen Leuten die Zulassung entziehen“, kommentierte später im Prozess der Staatsanwalt dieses Verhalten. Aber auch die Staatsanwaltschaft selbst hat sich im Zusammenhang mit diesem Überfall nicht eben mit Ruhm bekleckert.

Schutz fand der Liberianer, dessen Qualen zahlreiche Augenzeugen unbeteiligt verfolgten, schließlich bei einem Beamten der Bundespolizei. Dass der Beamte ihrem Opfer zu Hilfe kam, mochten die Neonazis nicht einsehen und schlugen nun auf den Uniformierten ein. Erst auf dessen dringende Intervention hin hielten es nun einige der Umherstehenden für angebracht, über Handys die Polizei zu rufen. Vier jungen Männern, die in diesem Fall die rühmliche Ausnahme bilden, ist es zu verdanken, dass sich zumindest die drei jetzt Angeklagten der Strafe nicht entziehen konnten. Letztere waren bereits dabei, sich seelenruhig vom Ort ihrer Gewalttat zu entfernen, als die Männer zum Platz des Geschehens kamen. Sie verfolgten die drei, einer machte Fotos von den Glatzen, die die Gruppe daraufhin ebenfalls angriffen. Der Mann mit dem Fotoapparat wurde dabei erheblich verletzt. Vielleicht sollte sich der Staatsanwalt in diesem Verfahren angesichts seiner Vorwürfe gegenüber dem Taxifahrer fragen, warum der Angriff auf einen der wenigen Menschen, die bei dieser Gewalttat Zivilcourage zeigten, nicht Teil der Anklage ist.

Tatsächlich scheinen Polizei und Justiz in Sachsen-Anhalt bisweilen Probleme zu haben, den Vorwurf zu entkräften, auf dem rechten Auge blind oder kurzsichtig zu sein. Eigenes Versagen wird da gern unter den Teppich gekehrt. So geschehen Ende Juli 2005 in Zerbst. Beim dortigen Heimatfest wurde ein 16-jähriger Jugendlicher durch einen Rechtsextremisten angegriffen. Der 28-jährige Nico K. zwang sein Opfer, ein T-Shirt mit der Aufschrift „Gegen Nazis“ auszuziehen und stieß ihm anschließend ein Bierglas mit einer

solchen Wucht ins Gesicht, dass der Jugendliche seither auf dem rechten Auge erblindet ist. Dem privaten Wachschutz des Festes gelang es, den Schläger festzuhalten und ihn der Polizei zu übergeben. Der einschlägig polizei- und justizbekannte Täter war erst zweieinhalb Monate zuvor nach mehr als vierjähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen, eine noch zu verbüßende Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt worden. Die Polizei in Zerbst beließ es dennoch bei einer Erstvernehmung und fuhr K. mit einem Streifenwagen zum Zerbster Bahnhof, damit er den Nahverkehrszug nach Roßlau noch erreiche. In diesem Zug griff der Rechtsextremist einen Augenzeugen seiner ersten Gewalttat an, der sich zufällig in der gleichen Bahn befand, und verletzte ihn schwer. Die Polizeidienststelle kehrte den Vorfall zunächst völlig unter den Teppich. Erst nach Recherchen und einer Veröffentlichung des Berliner „Tagesspiegel" gaben die Beamten zu, dass der Angriff stattgefunden habe und es sich dabei offenbar tatsächlich um eine rechtsextrem motivierte Gewalttat gehandelt habe. Die Staatsschutzabteilung des Polizeipräsidiums in Dessau zog daraufhin die Ermittlungen an sich, erst drei Wochen nach der Tat erging Haftbefehl gegen Nico K. Das Landgericht Dessau verurteilte ihn jetzt zu acht Jahren Haft. Für die Stadtverwaltung von Zerbst blieb der Vorfall „eine gewöhnliche Schlägerei unter Jugendlichen", als der Staatsschutz die Ermittlungen bereits übernommen hatte.

Wie schwer sich die Justiz Sachsen-Anhalts bisweilen mit der Aufarbeitung von Rechtsextremismus tut, zeigt auch der Prozess gegen Lutz Willert aus Kuhlhausen vor dem Amtsgericht Stendal, der kürzlich mit einem Freispruch endete. Willert war beschuldigt worden, 50 000 Exemplare der so genannten Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund" in Auftrag gegeben, bezogen und weiter vertrieben zu haben. Das Gericht mochte in den Inhalten der CD jedoch keine schwere Jugendgefährdung erkennen und sprach den Angeklagten frei. Die Hauptverhandlung hatten die Ankläger erst im zweiten Anlauf überhaupt erkämpft. Zunächst hatte es das Amtsgericht Stendal abgelehnt, die Anklage überhaupt zur Hauptverhandlung zuzulassen. Den Freispruch wollen die Ankläger nicht hinnehmen. Noch am Tag der Urteilsverkündung legten sie Revision ein.

Eberhard Löblich

Ausland

Ideologieschmiede

Die vornehme „Spielart" des Rassismus.

Die jährlichen Tagungen der „New Century Foundation" (NCF), besser bekannt unter dem Namen ihrer Publikation „American Renaissance", zählen zum Pflichtprogramm der intellektuellen Rechten der USA. Die Gästelisten lesen sich nicht selten wie ein Who-is-Who des internationalen Rechtsextremismus. Auch 2006 rechnet der Veranstalter mit 250 bis 300 Teilnehmern aus dem In- und Ausland. Über die Bühne gehen soll das Treffen am letzten Februar-Wochenende in Herndon, nahe Washington.

Die NCF ist eine der führenden rechtskonservativen Ideologieschmieden in den USA. Inhaltlich propagiert die seit 1990 im Bundesstaat Virginia ansässige Akademie eine „vornehme" Spielart rassistischer Ideologie. Die Anhänger rechtfertigen in Publikationen die genetische und moralische Unterlegenheit nicht-weißer Volksgruppen gegenüber den Völkern der westlichen Zivilisation und begründen damit die Notwendigkeit „rassischer Reinheit". Plumpe rassistische Stereotype werden in den Traktaten ebenso vermieden wie offener Antisemitismus. Die Fäden hinter den Kulissen zieht Gründer Samuel Jared Taylor, Autor des Buches „The Color of Crime" (Die Farbe des Verbrechens), in dem behauptet wird, Schwarze seien von Natur aus anfälliger für kriminelle Verhaltensweisen als Weiße.

Für die „American Renaissance Conference 2006", unter dem Motto „Die globale Krise: Perspektiven aus Europe, Afrika und Australien", haben sich eine Reihe von in der Szene gefragten Referenten angekündigt. Dazu gehören der südafrikanische Publizist Dan Roodt, der von der Universität von Sydney suspendierte Jurist Andrew Fraser oder der Franzose Guillaume Faye. Auch der kürzlich von einem Gericht freigesprochene Vorsitzende der British National Party Nick Griffin steht auf der Rednerliste. Wie aus Einträgen in rechten Internetforen hervorgeht, planen auch mehr als 100 Mitglieder des Neonazi-Netzwerkes „Stormfront" dem „Event der patriotischen Superlative" beizuwohnen.

Michael Funk

Blick in die Zeitgeschichte

Gemeinsames Erinnern

Der Holocaust-Gedenktag wurde in diesem Jahr erstmals weltweit begangen – von der UNO, in zahlreichen Ländern Europas sowie Israel.

60 Jahre nach der Befreiung Europas von der NS-Herrschaft – also 2005 – hatte die UNO-Vollversammlung den Antrag Israels angenommen, am 27. Januar weltweit an die NS-Opfer zu erinnern. Nun, ein Jahr danach, kann zum ersten Mal eine Bilanz gezogen werden und die fällt positiv aus. Die meisten Staaten zumindest in Europa sind der Empfehlung der Weltorganisation gefolgt, die UNO-Vollversammlung in New York selbstverständlich auch. In einer Feierstunde sprachen unter anderem Generalsekretär Kofi Annan und der israelische Historiker Yehuda Bauer. Annan sagte: „Dieser Gedenktag, die Lehren aus dem Holocaust sind eine wichtige Mahnung, das singulär Böse nicht einfach der Vergangenheit zuzuordnen und zu vergessen.“ Von den islamischen UNO-Mitgliedern waren nur die Vertreter Afghanistans, Jordaniens und der Türkei erschienen. Am Vorabend des 27. Januar verlasen vor dem UNO-Gebäude junge Menschen die Namen von 200 in Auschwitz ermordeten Juden, die am 27. Januar Geburtstag gehabt hätten.

In Israel gedenkt die Bevölkerung seit langem im Frühjahr der Holocaust-Opfer. Deshalb gab es dieses Mal nur kleinere Veranstaltungen zum Beispiel in der Knesset, dem israelischen Parlament, und durch die Regierung. In der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem erinnern ständig Ausstellungen an die Shoah. Außerdem bietet Yad Vashem Seminare zum Thema an, die von vielen Pädagogen genutzt werden.

Auffallend demonstrativ gedachte Warschau des Massenmordes. In Polen lebten bis zum deutschen Überfall am 1. September 1939 dreieinhalb Millionen Juden. Das war ein Drittel der gesamten Bevölkerung. Im Warschauer Ghetto, dessen 300 000 Bewohner vor Ort oder in Treblinka ermordet worden sind, gab es damals eine eigene Straßenbahn. Sie trug statt der üblichen Liniennummer einen großen Davidstern. Einige dieser Wagen waren jetzt aus Depots geholt worden und verkehrten eine Woche lang auf dem Gebiet des ehemaligen Ghettos. Organisator des Bahnverkehrs war die polnisch-amerikanische Stiftung „Schalom“. Ihrer Aufforderung, am Gedenktag eine Kerze ins Fenster zu stellen, waren viele Haushalte gefolgt.

Gedenkstunden gab es auch in Belgrad. Serbiens Präsident Vojislav Kostunica eröffnete auf dem Gelände eines ehemaligen Durchgangslagers für Deportierte der Stadt einen „Park der Erinnerung“. Bisher war dort Müll entsorgt worden. Der Staat hat für die Anlage trotz äußerst angespannter Finanzlage 35 000 Euro bereit gestellt.

In Bosnien-Herzegowina gedachte die jüdische Gemeinde ihrer 12 000 Opfer. Es war der erste Holocaust-Gedenktag, den der Präsident der jüdischen Gemeinde, Jakob Finci, ausdrücklich begrüßte. Am Abend wurde in der Altstadt die Ausstellung „Die Juden des Balkans“ eröffnet.

In den drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen gedachte man unterschiedlich. Weil dort besonders viele Einheimische beim Völkermord mitgemacht haben, müssen Staat und Öffentlichkeit erst noch lernen, wie jene Zeit aufgearbeitet werden sollte. Die estnische Regierung verlangte, am 27. Januar an alle Opfer nationaler, rassischer, religiöser und politischer Verfolgung zu erinnern. Dabei ist zu bedenken, dass es in Estland bereits zwei Tage des Erinnerns gibt: Tage, an denen Opfer der sowjetischen Besatzung im Mittelpunkt stehen. Dafür gibt es bereits pädagogische Mittel, nicht aber für die Verfolgung der Juden durch die deutschen Okkupanten. Die Geschichte des Gedenkens beginnt in Estland nämlich erst mit 1991, dem Jahr der Unabhängigkeit.

Lettland und Litauen gedenken bereits gemeinsam mit der Ukraine. Die drei Nachbarn mahnen am 4. Juli und am 29. November. Die Daten erinnern an die Vernichtung aller Synagogen in Riga und die Räumung des Ghettos der Stadt im Jahr 1941, als die deutsche Besatzung kam. Rumänien und Griechenland haben sich in diesem Jahr zum ersten Mal ebenfalls am Gedenktag 27. Januar beteiligt.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Eine Stadt zeigt Flagge

In Wunsiedel finden zahlreiche Aktionen gegen Rechtsextremismus statt. Höhepunkt ist der „Tag der Demokratie" am 19. August.

Die kleine Gemeinde Wunsiedel am Rande des Fichtelgebirges hat durch die Neonazi-Aufmärsche zum wiederkehrenden Todestag von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß einen unrühmlichen Bekanntheitsgrad erlangt – und das nur, weil Heß seine Grabstätte auf dem Wunsiedler Friedhof gefunden hat. Doch nun wollen gesellschaftlich relevante Gruppen und demokratische Parteien nicht länger dem rechtsgerichteten Spuk zusehen. Ausgehend von den Erfahrungen der vergangenen beiden Jahre mit dem Schwerpunkt „Fest der Demokratie" im August 2005 möchte ein „Wunsiedler Bündnis gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Menschenwürde" über das ganze Jahr nachhaltig Flagge zeigen. Inzwischen kann man in dem 10 300-Einwohner-Ort nämlich beobachten, dass nicht nur der Geist von Heß über der Gemeinde liegt, sondern sich neonazistische Aktivitäten, Strukturen und Treffpunkte verfestigt haben.

In den vergangenen Jahren war das Bewusstsein in der einheimischen Bevölkerung gegenüber den international besetzten August-Gedenkmärschen der rechten Szene ein anderes geworden: Blieben die Wunsiedler anfangs lieber daheim und schlossen ihre Fenster, gehen sie nun offensiv selbst auf die Straße – agieren, statt reagieren. Und darauf ist Oberbürgermeister Karl-Willi Beck (CSU) stolz. Er stellte jetzt einen Aktionskalender vor, der voll ist von Engagement gegen Rechtsextremismus. Sämtliche Aktivitäten münden dabei im „Tag der Demokratie" am 19. August.

Bereits am 4. Januar gab es eine Aufklärungsveranstaltung zu Nazi-Rock im nur wenige Kilometer entfernten Holenbrunn, wo Neonazis versucht hatten, ein konspiratives Rechtsrock-Konzert steigen zu lassen. Anfang dieses Monats folgte im benachbarten Marktredwitz eine „Party gegen rechte Gewalt", organisiert von der Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus. Diese will im Frühjahr ein Auto mit Autogrammen von Prominenten wie Udo Lindenberg, Fußballprofi Lukas Podolski, Peter Maffay und anderen versteigern. Am 20. Februar spricht Dierk Borstel vom Berliner Zentrum Demokratische Kultur in der Fichtelgebirgshalle über Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus. Am 12. März wird der Film „Die Grauzone" über den Häftlingsaufstand im KZ Auschwitz-Birkenau im Evangelischen Gemeindehaus gezeigt. Weiterhin soll unter anderem in der Fichtelgebirgshalle am 4. April zum Thema Rechtsextremismus und Vereine und am 28. Juni mit dem Psychologen Klaus Weber über Motive Jugendlicher, die in die rechte Szene gehen, diskutiert werden. Am 29. April begibt man sich auf Exkursion ins ehemalige KZ Dachau, am 2. Mai berichtet ein Aussteiger der Neonaziszene über seine Erfahrungen. Ende Juli gehen im Bildungs- und Tageszentrum des Nachbarortes Alexandersbad Kirchenvertreter unter dem Tenor „Der Protestantismus ist bunt, nicht braun" in Klausur. Am 19. August folgt dann in Wunsiedels Innenstadt der „Tag der Demokratie" mit zahlreichen Aktivitäten. Oberbürgermeister Beck möchte, dass von seiner Gemeinde aus ein Signal durch die Republik geht: „Wunsiedel kann ein vorbildliches Beispiel für ganz Deutschland werden – aus Wunsiedel ist bunt soll Deutschland ist bunt werden", so das Stadtoberhaupt.

Neonazi-Anwalt Jürgen Rieger aus Hamburg hat bekanntlich einen Heß-Marsch für den gleichen Tag angemeldet. Nähere Erkenntnisse liegen dem Ordnungsamt der Kleinstadt aber noch nicht vor. Dort hat man bisher auch nichts davon gehört, dass die NPD offenbar (ersatzweise) plant, zeitgleich einen „Demokratie-Aktionstag" in Wunsiedel über die Bühne gehen zu lassen.

Rund um die Kneipe „Lokalbahn" am Bahnhof sammelt sich mittlerweile in der Kleinstadt eine zahlenmäßig beängstigende aktive Neonaziszene. So veranstaltet der Wirt und Eigentümer Andreas H. regelmäßig eine „Braune Nacht" mit billiger Getränkekarte. Zuletzt war am 10. Februar Thomas „Steiner" Wulff mit einem Vortrag Gast in der „Lokalbahn", der offiziell als Liederabend angemeldet war. Für den 4. März hat die Gaststätte bereits ihr nächstes Konzert angekündigt. Auch zum Thema „Lokalbahn" muss es also heißen: „Wunsiedel wehrt sich!" *Horst Freires*

Informationen unter: www.tag-der-demokratie.de

Rezension

Satan und Wotan

Extrem rechte Inhalte in der Black Metal-Musikszene.

Black Metal: Kreischende Gitarren, Bühnenarrangements mit umgedrehten Kreuzen und Satansfratzen, durchgehend schwarze Kleidung. Aber auch: Aufdrucke „Töten für Wotan“, Frakturschrift und Runen, CD-Titel „Inhale Zyklon B“. – Bereits vor einem halben Jahrzehnt beschrieb Christian Dornbusch in einem Aufsatz die „Unheilige Allianz“ zwischen Heidentum und Neonazismus. Nun wirft er zusammen mit seinem Ko-Autor Hans-Peter Killguss einen neuen Blick auf diese Musikszene. Beide stellen fest: Die Allianzen haben sich gefestigt, der rechte Rand des Black Metal (BM) ufert aus. Im Gesamtrahmen einer sich ausdifferenzierenden rechten Jugend- und Musikkultur hat sich ein Teil des BM fest in den Rechtsrock integriert – und wirkt in den Mainstream der eigenen Szene zurück. Es liegt an den Metal-Fans, sich mit rassistischen und NS-verherrlichenden Inhalten in den eigenen Reihen auseinander zu setzen.

Im Eingangsabschnitt zeichnen die Autoren die Geschichte des BM als Unterform des Heavy Metal seit den frühen achtziger Jahren nach. Während das Genre in seiner Anfangszeit auf der Bühne so unpolitisch wie blutrünstig Kriegsszenarien, Verbrechen und Luzifer feierte, schritten skandinavische Musiker zu Beginn der neunziger Jahre zur Tat: Christliche Kirchen brannten, Morde wurden verübt. Der zu lebenslanger Haft verurteilte Norweger Varg Vikernes („Burzum“) genießt heute Kultstatus in der schwarzen Szene und dient nicht zuletzt als Vorbild für das umtriebige Thüringer Brüderpaar Roland und Hendrik Möbus („Absurd“).

Die zwei folgenden Hauptabschnitte nennen allgemeine Themenfelder und befassen sich danach mit dem rechten bis neonazistischen Flügel des BM-Underground. Als thematische Hauptstränge unterscheiden sie Satanismus und Okkultismus sowie Neuheidentum. Eine gemeinsame Klammer bieten die Faszination durch Gewalt und eine grundlegende Feindschaft gegenüber dem Christentum, oft ergänzt durch Antisemitismus oder generelle Ablehnung aller Schöpfungsreligionen, denen „Naturreligionen“ entgegengestellt werden. Besonders gelungen sind die Kapitel zur Entwicklung satanistischer Richtungen, zu Vordenkern des neogermanischen Heidentums und der Ästhetisierung des Kriegserlebnisses. In den Liedtexten nicht nur des braunen Randes im BM spukt es von Wikingerfahrten, heldenhaften Ahnen, „arteigener“ Religion und kollektiven Schicksalsmächten. Strittig ist der Umgang mit Satan: Der Großteil des neonazistisch geprägten BM lehnt satanistische Ideen ab, weil sie lediglich eine elitäre Überlegenheit des Einzelnen statt der Rasse postulieren.

In Deutschland stellen Thüringen und Sachsen seit über zehn Jahren regionale Schwerpunkte des Black Metal; zusätzlich gehen die Autoren auf Bands, Konzerte, Label und Versandhandel in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen ein. Ausführlich wird die internationale Szene beschrieben: Der rechte Rand des BM ist global vernetzt und boomt weltweit, nicht zuletzt in osteuropäischen Staaten wie Polen, das mit der Band „Graveland“ ein Urgestein der Szene liefert. „Der deutsche Kriegsgeist muss erwachen! Das arische Europa wird sterben, wenn wir nicht erwachen!“, so der Bandgründer im Wortlaut.

Die Autoren sind Experten auf ihrem Gebiet und liefern mit dem vorliegenden Band die aktuellste und genaueste Untersuchung dieser Musikrichtung. Der Leser merkt, dass dahinter ein in Jahrzehnten gesammeltes Musikarchiv steht. Damit ist die vielleicht einzige Schwäche des Buches benannt: In seinen Angaben zu Bandgründungen und -auflösungen, einzelnen Produktionen und Musikverlegern ist es oft zu detailverliebt, hier wären Straffungen angebracht gewesen. – Der Band enthält zahlreiche Schwarz/weiß-Abbildungen sowie zusätzlich ein Personenregister und ein Band-, Sach- und Organisationsregister.

Michael Pechel

Christan Dornbusch/Hans-Peter Killgus, Unheilige Allianzen. Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus. Verlag: Unrast, (reihe antifaschistischer Texte), Münster, 2005, 350 S., 18,-EUR

Meldungen

Stabwechsel

Langen – Thomas Brehl (49) aus dem hessischen Langen, führender Kopf des „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ (KDS), hat seinen Rückzug aus der KDS-„Organisationsleitung“ erklärt. Brehl, der seit den 70er Jahren im neonazistischen Spektrum aktiv ist, gab seinen Rücktritt bei einem „KDS-Gautreffen Rheinland 2006“ in Leverkusen bekannt. Brehl erklärte, seinem Rückzug lägen „kein Putsch, kein Streit, ja nicht mal Differenzen zugrunde“. Für „weitere Gerüchte und Vermutungen“ gebe es „nicht den geringsten Anlass“. Sein Nachfolger als Mitglied der KDS-Organisationsleitung wurde Thomas Gerlach aus dem thüringischen Altenburg. Er gilt als Mitglied des „Freundeskreis Halbe“, der alljährlich Aufmärsche in der brandenburgischen Stadt organisiert. (ts)

JN-Landeschef will Zusammenarbeit mit Neonazis

Neu Ulm – Mike Nwaiser, Bundesorganisationsleiter der Jungen Nationaldemokraten (JN), wurde am 4. Februar in Neu Ulm zum bayrischen JN-Landesvorsitzenden gewählt. Nwaiser löst in diesem Amt Stefan Winkler ab, der seit dem 28. März 2004 die bayrischen JN führte. Als stellvertretende Landesvorsitzende amtiert Elena Novotny, Pressesprecher ist Dennis Kast. Ebenfalls in den Vorstand wurden die bundesweit bekannten Neonazis Hayo Klettenhofer und Philipp Hasselbach (alias „Lunikoffs-Soldat“) gewählt. Klettenhofer, der Eigenbekunden zufolge der „SS Weltanschauung“ nahesteht, zeichnet verantwortlich für die Bereiche Propaganda und Freie Kameradschaften. Hasselbach fungiert sowohl als Geschäftsführer als auch Schatzmeister. Der neue Landesvorsitzende Nwaiser kündigte an, „Kontakt zu bereits vorhandenen Kameradschaften zu suchen um eine Zusammenarbeit mit diesen anzustreben.“ (am)

NS-Befürworter

Frankfurt/Main – Der Ritterkreuzträger und Altnazi Otto Riehs (82) tritt bei den Kommunalwahlen in Hessen am 26. März als Kandidat der NPD in Frankfurt an. Riehs kandidiert als Listensechster für das Frankfurter Stadtparlament, den Römer, und als Listenzweiter für den Ortsbeirat 4 (Bornheim/Ostend). Innerhalb der Neonaziszene wird Riehs als Vertreter der „Erlebnisgeneration“ verehrt, die eine Kontinuität zwischen jüngeren Neonazis und ihren historischen Vorbildern aus der NS-Zeit vermitteln soll. Gern gesehen ist er als Demonstrationsteilnehmer und -redner bei Neonaziveranstaltungen mit historischem Bezug, wie im brandenburgischen Halbe oder dem rheinland-pfälzischen Marienfels. In Marienfels erklärte er 2003 mit Blick auf das NS-Regime: „In Deutschland gab es den nationalen Sozialismus, und den befürworte ich heute noch.“ (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V., Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de